

Die



informiert

GdP zur Forderung für beginnende Tarifverhandlungen:

Polizeibeschäftigte erwarten spürbar steigende Einkommen

BERLIN. Die Beschäftigten der Polizei in den Ländern erwarten von den nun beginnenden Tarifverhandlungen im Öffentlichen Dienst einen deutlichen Anstieg ihrer Einkommen. Oliver Malchow, Bundesvorsitzender der Gewerkschaft der Polizei (GdP): "Der Graben zwischen den Einkommen im Öffentlichen Dienst und der privaten Wirtschaft wird immer breiter. Dass das kein Motivationsfeuerwerk auslöst, dürfte jedem klar sein. Zudem wird auch für junge, gut ausgebildete Menschen ein Beschäftigungsverhältnis im Öffentlichen Dienst immer unattraktiver. Wir fordern 5,5 Prozent, aber mindestens 175 Euro sowie eine verbindliche Verlängerung der Übernahmeregulung für die Auszubildenden."

Gemeinsam mit ver.di, GEW, IG BAU und der dbb-tarifunion gab die GdP am 18. Dezember 2014 in Berlin die Beschlüsse ihrer Gremien für die kommende Tarifrunde bekannt.

Kerstin Philipp, Stellvertretende GdP-Bundesvorsitzende und für Tarifpolitik im Geschäftsführenden GdP-Bundesvorstand zuständig: "Die Tarifbeschäftigten in der Polizei haben Jahre des Personalabbaus hinter sich. Das Ergebnis dessen sind ein sich permanent auftürmender Aufgabenberg und eine massive Arbeitsverdichtung. Jetzt noch die rote Laterne in der Einkommensentwicklung zu tragen, ist des Schlechten zu viel."

Auch gegenüber den Tarifbeschäftigten des Bundes und in den Kommunen seien die Polizeibeschäftigten der Länder im Rückstand. Philipp: "Wir sind am Ende unserer Geduld. Das werden wir die Arbeitgeber in den Verhandlungen spüren lassen."

Der Landesvorstand

Gewerkschaft der Polizei, Landesbezirk Schleswig-Holstein e.V.,
Max-Giese-Straße 22, 24116 Kiel, Telefon 0431-17091, Telefax 0431-17092,
eMail: gdp-schleswig-holstein@gdp-online.de, 27. Januar 2014 – Nr. 27/2015